

Der Oberbürgermeister FB Finanzen (FB20) 0200.11	<i>Drucksache</i> 15921/13	<i>Datum</i> 15.02.2013
--	-------------------------------	----------------------------

1. Ergänzung zur Vorlage

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>			<i>Beschluss</i>			
	<i>Tag</i>	Ö	N	ange- nom- men	abge- lehnt	geän- dert	pas- siert
Verwaltungsausschuss	19.02.2013		X				
Rat	19.02.2013	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats 112, 113, 114, 120, 213, 212, 211, 131, 132, 221, 222, 223, 224, 310, 321, 322, 323, 331, 332	Vorlage erfolgt aufgrund Vor- schlag/Anreg.d.StBzR
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Überschrift, Beschlussvorschlag

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2013

„Der Rat der Stadt wird gebeten zu beschließen:

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2013 mit
 - a) Haushaltsplan 2013 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2012 – 2016
 - b) Wirtschaftsplan und Haushaltsplänen 2013 einschließlich der Stellenübersichten 2013 und Investitionsprogramme 2012 – 2016 für
 - die Sonderrechnung des Fachbereiches 65 Hochbau und Gebäudemanagement,
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) Haushaltsplan des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“
 wird beschlossen.
2. Die Änderungsvorschläge der Verwaltung zu Strategischen Zielen, Wesentlichen Produkten und Maßnahmen in einzelnen Teilhaushalten werden beschlossen.
3. Die zwingenden Ansatzveränderungen werden beschlossen.
4. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke werden beschlossen.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im Enddruck des Haushaltsplanes 2013 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.
6. Der als Anlage A beigefügte Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 wird in der Fassung beschlossen, die sich aus den Beschlüssen zu Ziffer 1 bis 4 ergibt.“

Hinweis:

Diese Vorlage wird nur einmal versandt. Sie dient somit als Beratungsunterlage in allen o. g. Gremien.

Begründung:**1. Änderung des Beschlusstextes**

Die Verwaltung hat sich im Rahmen der Sitzungsvorbereitung für die Haushaltsberatungen im Rat am 19. Februar 2013 und die vorbereitende Sitzung des Verwaltungsausschusses nochmals mit den Beschlussvorlagen, Anträgen und dem Prozedere für den Ablauf befasst. Dabei ist sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die in der Verwaltungsvorlage für den Rat enthaltene Vermengung von Verwaltungsempfehlungen und Ausschussempfehlungen die unterschiedlichen Auffassungen zu sehr verwischt und damit letztlich auch möglicherweise Beratungen und Entscheidungen der Gremien erschwert. Zwar folgt die erwähnte Ursprungsvorlage dem Muster der Vorlage für die Beratungen 2012. Aber die erwähnten Mängel waren im letzten Jahr nicht entscheidungserheblich, da es (überraschender Weise) zu einem einstimmigen Beratungs- und Entscheidungsprozess kam. Demzufolge spielten unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Positionen auch keine Rolle und es kam nicht darauf an, dies klar herauszuarbeiten. Nach den Beratungen des Finanz- und Personalausschusses ist davon auszugehen, dass die Beratungs- und Entscheidungssituation zum Haushalt 2013 anders und Beratungen und Entscheidungen kontrovers laufen werden. Schon deshalb empfiehlt sich eine klare Abgrenzung der einzelnen Positionen schon in den Vorlagen.

Die Verwaltung ersetzt dementsprechend ihre Ursprungsvorlage durch einen Entscheidungsvorschlag, der allein die weiter bestehende Auffassung der Verwaltung zum Ausdruck bringt und zur Abstimmung empfiehlt.

Zugleich wird der Verwaltungsvorschlag nunmehr ohne einen „Vorbehalt“ („soweit nicht ...“) unterbreitet. Dies würde bei getrennter Abstimmung zu einzelnen Punkten auch eine isolierte Zustimmung zu dieser Ziffer ermöglichen, was andererseits bei einem Beschlusstext, der einen Vorbehalt enthält, nicht möglich ist.

Am 14. Februar 2013 ist hierzu noch ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingegangen, der gewissermaßen die klare Gegenposition und eine geeignete Grundlage für eine Entscheidung ist (Anlage C).

2. Ergebnisse des Verwaltungsvorschlags

Der Verwaltungsvorschlag umfasst die Daten des im letzten Jahr vorgelegten Haushaltsplanentwurfs 2013, die zwingenden Ansatzveränderungen und des geplanten Resteaabbaus. Danach schließt der Ergebnishaushalt im Planungszeitraum von 2012 bis 2016 mit folgenden Überschüssen bzw. folgenden Ständen der Überschussrücklagen ab:

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016
Jahresergebnis	55,0*	6,9	3,7	2,2	4,9
Überschussrücklagen	204,0	210,9	214,6	216,8	221,7

*Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Im Finanzhaushalt ergeben sich mittelfristig die nachstehenden Liquiditätsabflüsse. Damit ergibt sich im mittelfristigen Planungszeitraum 2012 bis 2016 folgender Bestand an Zahlungsmitteln, und zwar unter Berücksichtigung des geplanten Resteaabbaus:

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016
Finanzmittelveränderung	39,6*	-31,7	-32,6	-21,9	-18,9
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	175,6*	143,9	111,3	89,4	70,5

* Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Der Entwurf der Haushaltssatzung, die aus dem Verwaltungsvorschlag folgt, ist als Anlage A beigefügt.

3. Beratungsergebnisse des Finanz- und Personalausschusses

Der Finanz- und Personalausschuss hat zu einer Vielzahl von zwingenden Ansatzveränderungen, Stadtbezirksratsbeschlüssen und Fraktionsanträgen Beschlussempfehlungen gegeben. Diese Einzelabstimmungsergebnisse sind in Listen zusammengefasst und mit der Ursprungsvorlage versandt worden. Sie sind damit Gegenstand des weiteren Beratungsverfahrens. Am Ende seiner Sitzung hat der Finanz- und Personalausschuss anstelle einer Schlussabstimmung

1. den Entwurf des Haushaltsplanes 2013 (einschließlich Stellenplan 2013) mit Investitionsprogramm 2012 – 2016,
2. die Entwürfe des Wirtschaftsplanes und der Haushaltspläne mit Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2012 – 2016 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement und für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft
3. den Haushaltsplanentwurf 2013 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“

passieren lassen. Damit liegt keine bündelnde Ausschussempfehlung zum Haushalt insgesamt vor.

Der Antrag der SPD-Fraktion zum Programm- und Handlungsrahmen wurde im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt.

Unter Zugrundelegung der (den Verwaltungsentwurf abändernden) Beratungsergebnisse des Finanz- und Personalausschusses schließt der Ergebnishaushalt in den Jahren 2012 bis 2016 mit folgenden Überschüssen bzw. folgenden Ständen der Überschussrücklagen ab:

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016
Jahresergebnis	55,0*	4,0	3,7	3,7	4,2
Überschussrücklagen	204,0	208,0	211,7	215,4	219,6

*Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Im Finanzhaushalt ergeben sich mittelfristig die nachstehenden Liquiditätsabflüsse. Der Zahlungsmittelbestand verändert sich in den Jahren 2012 bis 2016 auf folgende Beträge:

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016
Finanzmittelveränderung		-35,7	-33,5	-21,0	-20,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	175,6*	139,9	106,4	85,4	65,1

* Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Zu den vorgenannten Veränderungen ist anzumerken, dass sich diese Daten unter Berücksichtigung der Empfehlung des Finanz- und Personalausschusses ergeben, den Gewerbesteueransatz 2014 um 4 Mio. € sowie 2015 und 2016 um jeweils 5 Mio. € zu erhöhen.

In der Anlage B ist der Entwurf der Haushaltssatzung beigefügt, der sich aufgrund der Beratungsergebnisse im Finanz- und Personalausschuss ergibt.

4. Weitere Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen

Die SPD-Fraktion hat zwischenzeitlich wie bereits dargestellt zur Ratssitzung den Antrag „Haushaltssatzung 2013“ vorgelegt. Dieser Antrag ist als Anlage C beigefügt.

Weiterhin ist am 14. Februar 2013 ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (198 neu) als Änderungsantrag zum SPD-Antrag 197 neu eingegangen. Hiernach soll an den Zuschuss in Höhe von 100.000 € für den Umzug des Landesverbandes Braunschweig der Gartenfreunde ein Sperrvermerk angebracht werden. Dieser Antrag ist als Anlage D beigefügt.

5. Beantwortung von Fragen aus dem Finanz- und Personalausschuss

In der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses wurden weitere Informationen zu dem Ausbau von Radwegen im Stadtgebiet, dem Umbau der Wohnung in der Grundschule Watenbüttel für Zwecke der Schulkindbetreuung und zu dem Bau des Radweges zwischen Wedtlenstedt und Lamme erbeten. Die Stellungnahmen der Verwaltung zu diesen Fragen sind als Anlagen E, F und G beigefügt.

I. V.

gez.

Stegemann

Anlagen